



GdP befasst sich mit Auslandseinsätzen

Die Themen „Polizeiliche Auslandseinsätze“ sowie „Auswirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die Innere Sicherheit“ der GdP-Fachtagung am 9. Juni weckten so viel Interesse, dass sich selbst an diesem Sonabend bei schönstem Wetter der Tagungsraum im Stadtteilzentrum Kronsberg (Krokus) in Hannover füllte.

Dietmar Schilff, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen, begrüßte neben dem Landespolizeidirektor **Volker Kluwe** fast 60 Kolleginnen und Kollegen der GdP Niedersachsen aus der Führungsebene, die aus dem gesamten Land angereist waren.

Hubertus Heil (MdB), stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, referierte zum Thema „Auswirkungen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik auf die Innere Sicherheit“ und stellte sich für Fragen des Plenums und für eine Diskussionsrunde zur Verfügung.



Fast 60 Teilnehmende im Plenum folgten sehr interessiert den Referaten und lebten die Diskussionen. Fotos: Uwe Robra

Zuvor beschäftigte sich die GdP mit dem Haupttagungsthema „Auslandseinsätze und ihre Auswirkungen auf die Innere Sicherheit und die eingesetzten Kräfte“.

Das Ehepaar Nicole und Michael Rügenhagen, die als niedersächsische Polizeibeamtin bzw. -beamter mehrere Jahre an der EUPM Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo aktiv teilgenommen haben, berichteten sehr anschaulich und beeindruckend, wie es mitten in Europa aus ethnischen Differenzen zu separatistischen Abspaltungen, Anfeindungen und schließlich kriegerischen Eskalationen mit den Vertreibungen, Massentötungen und Folterungen gekommen war, ohne dass die Europäische Gemeinschaft erfolgreich interveniert hätte.

Die dreijährige Belagerung von Sarajevo, die erst im Februar 1996 endete, war mit mehr als 1400 Tagen die längste kriegerische Belagerung im 20. Jahrhundert und habe tiefe Wunden hinterlassen.

Nach UN-Missionen zur Friedenssicherung folgte die EU-Police Mission (EUPM), zu der auch ein deutsches Kontingent von Polizeibeamtinnen und -beamten entsandt worden war. Bis Ende 2012 wird die Mission abgeschlossen werden.

Das Ehepaar Rügenhagen schilderte die Belastungen, denen die Missionsteilnehmer ausgesetzt waren. Insbesondere die Gefahrensituationen in bestimmten Gebieten, aber auch die Ferne von der Heimat und den Familien spielen oft eine wichtige Rolle. Dabei stellte der Einsatz stets hohe Anforderungen an das Improvisationstalent und die Fähigkeit zum flexiblen Umgang mit bis dahin unbekanntem Bedingungen und Herausforderungen.

Nicole Rügenhagen war u. a. mit dem Konzeptauftrag für das sogenannte Handover, also der Übergabe an die aufgebauten Sicherheitsstrukturen des Landes betraut. Zuletzt war sie als Acting Director of Crime Vorgesetzte für 233 Mitarbeiter im Bereich MEK und OK tätig. Die Verantwortungsspanne sei innerhalb weniger Jahre aus dem „untersten Rang“ als Kommissarin (nach EU-Maßstäben) gewachsen. Die daraus resultierende Verantwortungsentwicklung sei unter den besonderen Bedingungen der Lage im Land mit denen in Deutschland nicht vergleichbar.

„Nach Jahren des Friedens stehen zudem heute Probleme ganz anderer Art im Mittelpunkt“, sagte Michael Rügenhagen. Die Verbindungen zwischen organisierten Kriminalitätsstrukturen und der kommunalen, regionalen und Landespolitik verhindere eine kooperative erfolgreiche Zusammenarbeit bei der OK-Bekämpfung, geschweige denn eine zentralisierte Arbeit. In zehn Kantonen gibt es jeweils einen eigenen Innenminister mit eigenem „Hofstaat“ aber teils nur 150 Polizisten. Allerorten treffe man auf grenzenlose Korruption, die einen wirtschaftlichen und politischen Stillstand nach sich ziehe. Berichte der EUPM gelangen bestenfalls nach Brüssel, versanden jedoch, weil sie nur zur Kenntnis genommen, jedoch ohne politische Reaktionen blieben.

In einem Grundsatzreferat stellte der stellvertretende GdP-Bundvorsitzende **Jörg Radek** die Positionen und Forderungen des Bundesvorstandes zum Thema Auslandsmissionen dar. Er stellte klar, dass die GdP zu den Missionen stehe. Allerdings müssten einige grundlegende Rahmenbedingungen erheblich verbessert werden.



Podiumsdiskussion (v. l.): Martin Schilff, Jörg Radek, Dietmar Schilff, Sascha Görztz, Michael Rügenhagen, Nicole Rügenhagen

Wie unterschiedlich die Bedingungen vor Ort zu denen in Deutschland seien, werde bereits deutlich, wenn man die Tatsache betrachte, dass bei internationalen Missionen der Befähigungsnachweis im Umgang mit Waffen ernsthaft von deutschen Polizeibeamtenden gefordert würde. Die Erklärung finde sich darin, dass dort keineswegs selbstverständlich sei, dass dies von allen Kontingentstellern, also anderen Staaten, erbracht werden könne.

Eine wichtige Rahmenbedingung für internationale Polizeimissionen sei Klarheit und Transparenz/Nachvollziehbarkeit für die Missionsziele. Derzeit herrsche wiederholt Unklarheit und Irritation über die Befugnisse und das Ausmaß der Aufgaben. Definitionen richten sich nach diplomatischem Vokabular und erzeugen Widersprüche.

Es gehöre auch eine Festlegung zu einer Exit-Strategie dazu. Diese dürfe nicht nur der Geschäftsordnung der Bundesregierung obliegen. Zwischen Bundestag, Landesinnenministern, BMI, Auswärtigem Amt (AA) und Bundeskanzleramt sind hierzu durchaus fünf verschiedene Aussagen anzutreffen. Dies halte die GdP für unverantwortlich.

Unverständlich sei auch, dass, obwohl die Leistung gegenüber dem AA erbracht werde, sich dies noch immer nicht im Haushalt der Polizeien proportional widerspiegeln. Hier müssten Aufgaben gemeinsam als Verbundaufgabe wahrgenommen und nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt werden.

Eine weitere Forderung sei die systematische Fürsorge und eine umfassende und gründliche Betreuung von Missionsteilnehmern, insbesondere wenn diese erheblichen Belastungen ausgesetzt waren oder gar Traumatisierungen, etwa beim Ausheben

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

von Massengräbern, erleben mussten. Schließlich sei die mediale Begleitung von polizeilichen Missionen unzureichend. Sie dürfe sich nicht nur an medienwirksamen Schlagzeilen orientieren, sondern verdienen eine breitere Aufmerksamkeit. Die drei getöteten Kollegen im Jahre 2008 dürften nicht nur als einmalige Horrorschlagzeile erscheinen, sondern müssten in einer intensiveren Hinterfragung der Umstände und Rahmenbedingungen aufgearbeitet werden.

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **8/2012 bis zum 2. Juli 2012** und für die Ausgabe **9/2012 bis zum 4. August 2012**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

In einer **Podiumsdiskussion** wurden unter Moderation von **Sascha Göritz**, Mitglied im geschäftsführenden GdP-Landesvorstand, die Eindrücke vor Ort und die Bewertungen aus Sicht eingesetzter Kräfte sowie die erforderlichen Konsequenzen erörtert. Die Diskutanten waren **Nicole** und **Michael Rügenhagen**, **Martin Schilff**, Vorsitzender des Bezirkspersonalrates des Bundespolizeipräsidiums (Potsdam), und **Jörg Radek**, stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, sowie **Dietmar Schilff**, GdP-Landesvorsitzender.

Dabei konnte Martin Schilff aus eigener Anschauung Erlebnisse, Eindrücke und Einschätzungen von seinem Besuch bei den Kollegen/-innen in Afghanistan schildern, wo unter sehr schwierigen Bedingungen (Analphabetismus, völliger Mangel an erlernter Handlungs-, Koordinations- und Zusammenarbeitsfähigkeiten) Grundschulungen durch deutsche Polizisten erfolgen müssen. Dabei bestünden vielerorts ständig Gefahren von Anschlägen gegen Konvois und Stützpunkte.

Jörg Radek bemängelte die unlautere Haltung im politischen Vorgehen. Einerseits wurden in vielen „Tausender-Paketen“ Personalabbau bei der Polizei von Bund und Ländern beschlossen, andererseits scheute sich Politik nicht, trotzdem den Aufgabenzuwachs voranzutreiben. Die Finanzierung sei unzureichend. Eine über einen globalen zweiprozentigen Haushaltsansatz aufgestellte Finanzierung sei dagegen ein gangbarer Weg. Diesen Weg beschreiten z. B. bereits heute skandinavische Staaten. Es müsse zu einer gerechten Kontingentdurch-

schlüsselung für die Entsendesituation kommen und eine hinreichende Ausrüstung und Ausstattung sichergestellt werden. Ansonsten stelle sich die Frage, was unter einem „robusten Mandat für eine Polizeimission“ verstanden werden könne, die von Politikern formuliert worden sei. Dies sei eine Farce, denn es fehle hier an einer Verankerung der Ziele und Ressourcen im Gesetz, um die Missionen darauf fußend operativ sachgerecht umsetzen zu können.

Dietmar Schilff betonte, dass die GdP Niedersachsen die Verabschiedung eines Landesentsendegesetzes fordere.

Die aktuelle Lage in Afghanistan und insbesondere in Kabul sei sehr besorgniserregend. Bislang gebe es für die Entsendung von Polizeibeamtinnen und -beamten zu Auslandseinsätzen keine rechtliche Grundlage. Damit unterliege dies keiner parlamentarischen Kontrolle. Ministerpräsident David McAllister und die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP seien daher von der GdP Niedersachsen angeschrieben worden, um der Forderung nach Rechtssicherheit für die Polizei Niedersachsen Nachdruck zu verleihen. Der MP hat jedoch über das Innenministerium verlauten lassen, dass ein Gesetzesvorstoß nicht zu erwarten sei. Derzeit bleibt abzuwarten, was aus den Initiativen der SPD werde.

Das Fazit zu der Veranstaltung war sehr positiv: „Eine gute und wichtige Veranstaltung, die auch im nächsten Jahr fortgeführt wird,“ sagte Dietmar Schilff.

Uwe Robra, verantwortlicher Redakteur des LandesJournals



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des LandesJournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454

BERICHT AUS DEM LANDESBEZIRK

Landesvorstands- und -beiratssitzung

Am 12. Juni 2012 fand in Hannover eine Beiratssitzung statt. Zentraler Punkt war die Nachwahl eines Schriftführers, die nach dem Ausscheiden von **Waltraut Thyssen** notwendig wurde. Einstimmig wurde Gustav Volk gewählt. Neu zuständig für den Bereich der Frauenpolitik ist jetzt **Elke Gündner-Ede**, Sprecher für den Fachausschuss Verwaltung ist **Detlef Ruppelt** (BG BS).

Der Leiter der Projektgruppe IKT-Strategie, PVP **Roger Fladung**, erhielt die Möglichkeit, dem Gremium den derzeitigen Sachstand der Arbeit darzustellen.

Die einjährige Mitgliederwerbaktion „Präsent wo’s brennt“ wurde dargestellt, die mit rund 200 neuen Kollegen/-innen sehr positiv verlaufen war.

Zudem berichteten die GsV-Mitglieder über ihren Geschäftsbereich, zum Bearbeitungsstand der Delegiertentagsbeschlüsse, zur Service GmbH, zur geplanten Satzungs- und Grundsatzprogrammänderung auf Bundesebene sowie zur GdP-Aktion gegen Fußballgewalt „Gemeinsam und fair“. Die Beiratsmitglieder beteiligten sich an einer regen Diskussion zu allen TOP. **(ds)**

Fortsetzung der Redaktionsbesuche

Die Zusammenarbeit mit den Medien spielt für die Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten aus Sicht der GdP eine immer wichtigere Rolle. Deshalb werden die



PSW-Termin 10. bis 18. Januar 2013





Unterbringung in Doppelkabinen p.P. ab **€ 1.199,-**

AIDA
Cruises

Mit AIDAblu in den Orient

Prachtige Bauwerke, elegante Einkaufszentren und traumhafte Strände empfangen Sie in Dubai. Das Sultanat Oman lockt mit turbulentem orientalischem Treiben, spektakulären Fels- und Wüstenlandschaften und einer beeindruckenden Unterwasserwelt. Machen Sie von Abu Dhabi aus einen Abstecher in die Wüste Al Khatim. Hier erwarten Sie die mit 300 Metern höchsten Sanddünen der Welt.

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

Innenkabine p. Person	1.199,- Euro*
Meerblick-Kabine p. Person	1.399,- Euro*
Balkonkabine p. Person	1.549,- Euro*

Reiseverlauf: 10.01. Anreise Hamburg - Dubai; 11.01.-18.01. Dubai (2 Tage) - Oman (Muscat) - Abu Dhabi (2 Tage) - Bahrain (Manama / Kalifa Bin Salman) - Dubai (2 Tage); 18.01. Heimreise Dubai - Hamburg

Diese Leistungen sind in Ihrem Reisepreis inklusive:

- AIDA Kreuzfahrt ab / bis Hafen inkl. Transfers
- Hin- und Rückflüge ab / bis Hamburg
- Hafengebühren
- Wollpension an Bord
- Alle Tischgetränke zu den Hauptmahlzeiten in den Buffet-Restaurants (Tischwein, Bier, Softdrinks)
- Trinkgelder
- Nutzung von attraktiven Wellnessangeboten
- Nutzung eines vielseitigen Sportangebots
- Besuch der Shows & Veranstaltungen an Bord
- Kinderbetreuung im Kids Club ab 3 Jahre
- Deutschsprachige Reiseleitung
- Treibstoffzuschlag (5 Euro p. P. / Tag)
- Hafen-Check-in (vorbehaltlich behördlicher Genehmigung und abhängig von der Tageszeit)
- Bei einer eventuellen Verschiebung der Flugzeiten kümmert sich AIDA um Sie

* AIDA WRIQ Preis bei 2er-Bekleidung, inkl. 5,- Euro Treibstoffzuschlag pro Person und Tag (ab 16 Jahre), inkl. Flug ab / bis Hamburg und Reisezuschlag und Kostenbetrag zur Luftverkehrssteuer

GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover

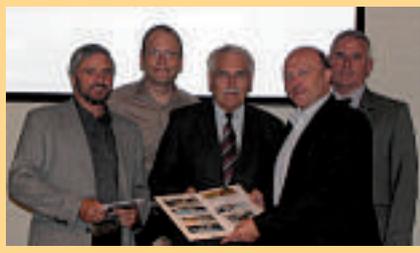
Tel. 05 11 - 53 03 810
Fax 05 11 - 53 03 850
service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

Fotos: AIDA Cruises / Minwels; Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Veranstalter: AIDA Cruises, 18055 Rostock

BERICHT AUS DEM LANDESBEZIRK

Am 13. Juni feierte der ehemalige Landesvorsitzende Helmut Bläsche seinen 75. Geburtstag. Einen Tag später gratulierten ihm Dietmar Schilff, Harald Calsow und Ralf Hermes und überreichten ein Gemeinschaftsgeschenk der GdP Nds., der BG Göttingen und der KG HM-Pyrmont. Lieber Helmut, alles Gute und Gesundheit wünscht dir deine GdP!



Kontakte zu den Printmedien sowie zu TV- und Radio-Redaktionen fortgesetzt weiter vertieft.

Besuch bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)

Für den GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff und Pressesprecher Christian Hoffmann stand am 2. Mai eine Besprechung mit der Redaktion der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) an. „Wenn wir Probleme anprangern und Themen öffentlich aufwerfen, bringt das die po-

litisch Verantwortlichen oft unter Zugzwang. Darum danken wir der HAZ für die Einladung und wollen uns weiterhin vertrauensvoll austauschen“, sagte Dietmar Schilff. Neben HAZ-Chefredakteur Matthias Koch sprachen die Redakteure Karl Doleke, Tobias Morchner und Vivien-Marie Drews mit den beiden GdP-Vertretern.

Der GdP-Landesvorsitzende berichtete über die Gewalt gegen Polizeibeamte, fehlende Perspektiven für Tarif- und Verwaltungspersonal bei der Polizei Niedersachsen und die fatalen Auswirkungen des Dienstpostenkonzeptes A 11. Die Fragen der HAZ-Redakteure und ihres Chefredak-

teurs behandelten zudem die Vorkommnisse rund um den 1. Mai, die Schuldenbremse, die zunehmende Problematik mit alkoholisierten Personen, die Hells Angels, die Vorratsdatenspeicherung und weitere Bereiche der Landes- und Innenpolitik. „Hierbei haben sich auch aus Sicht der Redaktion weitere Anknüpfungspunkte ergeben, bei denen wir der HAZ wieder sehr gerne zur Verfügung stehen werden“, berichtete Schilff.

Matthias Koch wies auf die neue Handy-/Smartphone-App der HAZ hin und zeigte den beiden Besuchern im Redaktionsraum auch die Bildschirmwand, auf welcher die Tageszeitung in ihrem jeweils aktuellen Bearbeitungszustand dargestellt wird.



HAZ-Chefredakteur Matthias Koch (links) und GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff

Fortsetzung auf Seite 4



ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Fortsetzung von Seite 3

GdP mit Blattkritik bei Bild-Zeitung

Auf Einladung der Bild-Zeitung hat Dietmar Schilff am 14. Mai in Hannover die sogenannte Blattkritik vorgenommen. Dabei beurteilen Journalisten und Personen des öffentlichen Lebens bundesweit die Inhalte des Boulevardblattes vom entsprechenden Tag während einer Telefonkonferenz mit der Berliner Hauptstadredaktion und allen deutschen Lokalredaktionen. In der Vergangenheit waren beispielsweise bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel und Moderator Thomas Gottschalk prominente Gäste.

Gegenüber Kai Diekmann (Chefredakteur der Bundesausgabe), Hannovers Redaktionsleiter Hans Bewersdorff und Lo-

kalchefin Cornelia Missling sowie den am Telefon zugeschalteten Redaktionen bezog der Landesvorsitzende Stellung. „Auch der Bild-Zeitung gegenüber halte ich es für eminent wichtig, die Sichtweisen der Polizeibeschäftigten zu verdeutlichen. Ich bin froh über die Möglichkeit, an dieser Stelle die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen vertreten zu können, weil sie jeden Tag für die öffentliche Sicherheit eintreten. Das sollte aus Sicht der GdP Teil der Berichterstattung sein, ebenso wie die positive Mitgliederentwicklung der GdP und anderer DGB-Gewerkschaften“, sagte Dietmar Schilff nach der Telefonkonferenz. Mit Blick auf die Landtagswahl und die Situation der Polizei in Nordrhein-Westfalen forderte er rasche Verbesserungen für Niedersachsen ein. Kai Diekmann bedankte sich aus Berlin für die klaren Worte des GdP-

Landesvorsitzenden.

Anschließend stand Dietmar Schilff gemeinsam mit GdP-Presse Sprecher Christian Hoffmann für ein ausgiebiges Redaktionsgespräch zur Verfügung. Bei Cornelia Missling und deren Kollegin Jana Godau regte der Landesvorsitzende verschiedene Themen an, die aus Sicht der GdP in den Medien aufgegriffen werden müssen. Dazu gehörten vor allem die ungleiche Bezahlung bei den Landespolizeien und die schlechte Beförderungssituation in Niedersachsen.



Dietmar Schilff bei der bundesweiten Telefonkonferenz der Bild-Zeitung Fotos: CH

CH

LANDESPOLITIK

Parteien wappnen sich zur Landtagswahl 2013 – GdP kündigt Wahlprüfsteine an –

Noch sechs Monate sind es bis zur Landtagswahl am 20. Januar 2013. Eine Vielzahl von Veranstaltungen oder Aktivitäten der Parteien sind bereits durchgeführt worden oder werden noch in den nächsten Monaten erfolgen. Auch zum Thema Innere Sicherheit positionieren sich die Parteien. Die GdP beteiligt sich natürlich an den Diskussionen. Allen Parteien wird die GdP darüber hinaus ein „Wahlprüfsteinheft“ mit der Bitte um Beantwortung bis spätestens November 2012 übersenden, um die Positionen zur Arbeits-, Sozial- und Innenpolitik den Polizeibeschäftigten vor der Wahl zu verdeutlichen. Bis dahin werden wir weiter kontinuierlich über Veranstaltungen berichten.

CDU-Forum „Innere Sicherheit“

Am 6. Juni 2012 fand von 18 bis 20 Uhr im Kurhaus Bad Fallingbostal das CDU-Niedersachsen-Forum „Prävention, Sicherheit und Ordnung: Herausforderungen für ein sicheres Niedersachsen“ statt. Als Referenten waren der stellvertretende innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Reinhard Grindel (MdB) sowie der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Uwe Schünemann (MdL), eingeladen. Die Veranstaltung konnte im Internet verfolgt werden und es bestand die Möglich-

keit, online Fragen an die Referenten zu stellen.

Neben den Themen Prävention, Kriminalitätsbekämpfung, Cyber-Kriminalität, Extremismus wurde auch der Bereich Gewalt, und hier natürlich insbesondere Gewalt bei Fußballspielen, thematisiert.

Grindel, gleichzeitig Vizepräsident des niedersächsischen Fußballverbandes, ging in seinem Eingangsreferat auf die Herausforderungen der Zukunft im europäischen Verbund ein und grenzte sich von Schünemann bezüglich dessen Forderungen zum Fußballthema ab.

Schünemann stellte in seinem Impulsreferat die aus seiner Sicht erfolgreiche Politik der Landesregierung zur Inneren Sicherheit dar. Er lobte die gute Arbeit der Polizei, ging u. a. auf die Aufklärungsquote ein und erwähnte die Verstärkung der niedersächsischen Polizei, die sich insbesondere in den Flächendirektionen ausgewirkt hätte. Kein Wort sagte er zu den polizeiinternen Problemen, etwa zum hohen Krankenstand, zur Überalterung, zur unerträglichen Beförderungsmisere von A 9 nach A 10, zum A-11-Dienstpostenbegrenzungserlass und dessen negativen Auswirkungen, zur Einsatzbelastung ohne 100% Stundenvergütung für Bereitschaftszeiten usw. Es wurde also ein harmonisches, zufriedenes Bild der Polizei gezeichnet. Dass die Wirklichkeit anders aussieht, ist jedem klar, der mit offenen Augen

durch die Polizei geht. Hier erwartet die GdP Antworten für die nächste Legislaturperiode und nicht nur Dankesworte.

Unter den ca. 100 Teilnehmern/-innen waren eine Reihe von Polizeipräsidenten, viele geladene Gäste aus der CDU und auch die Interessenvertretungen, für die GdP der Landesvorsitzende Dietmar Schilff. Als ein sehr negatives Erlebnis soll hier der Beitrag eines BdK-Funktionärs dargestellt werden. Er fragte den Minister, dass er sich sicherlich auch keine Polizei ohne Kriminalpolizei vorstellen könne und forderte ihn für den BdK auf, wieder die Trennung der Sparten S und K schon in der Ausbildung vorzunehmen. Hier ließ dann sogar Minister Schünemann den „ewig Gestrigen“ kühl abtropfen und sagte, dass über die derzeit 50 bis 60 Direktversetzungen in die ermittelnden Bereiche keinerlei Veränderung seitens der CDU geplant sei. Dass die GdP auch diese Direktversetzungen ablehnt, ist wohl allseits bekannt. (ds)

SPD-Fachkongress „Von der Quotenpolizei zurück zur Bürgerpolizei“

Die SPD-Landtagsfraktion veranstaltete am 14. Juni 2012 von 10 bis 16 Uhr im Werkhof in Hannover-Nordstadt eine Fachtagung zur Inneren Sicherheit unter der Über-



LANDESPOLITIK

schrift: „Von der Quotenpolizei zurück zur Bürgerpolizei“ und setzte damit erste Akzente für den kommenden Wahlkampf. Schwerpunktthemen des Kongresses mit etwa 230 Teilnehmern waren das Dienstpostenkonzept A 11, die steigende Einsatzbelastung, die Aussagekraft einer Kriminalitätsstatistik sowie die Organisationskultur der Polizei.

Der SPD-Spitzenkandidat für das Ministerpräsidentenamt, **Stephan Weil**, stellte in seinem Grußwort die immanente Wichtigkeit der Inneren Sicherheit für die Bevölkerung Niedersachsens heraus. In seinen Augen müsse die Polizei in erster Linie auf Augenhöhe mit dem Bürger kommunizieren. Seine vielfältigen Erfahrungen im Bereich der Inneren Sicherheit – als Staatsanwalt mit der Zuständigkeit für das BTMG und als Ordnungsdezernent der Stadt Hannover – wolle er zum Wohle der Bürger und der Polizei einbringen. In seinen Augen sei die Kriminalstatistik in Niedersachsen zu einem Popanz aufgebaut worden, die einer wissenschaftlichen Analyse nicht standhalte.

Im Fall eines SPD-Wahlsieges sei der Zugschnitt der Polizeidirektionen zu überden-

ken, so sei ihm das während seiner Bereinungen in den letzten Wochen mitgeteilt worden. Die schwierige Führungskultur innerhalb der Polizei erfordere zudem eine neue Kultur des respektvollen Umgangs miteinander. Die Polizeibeamten und -beamtinnen, die eine der schwierigsten Aufgaben hätten, müssten wieder eine Perspektive bekommen und aus diesem Grund werde der A-11-Erlass nach der Landtagswahl unter einer SPD-geführten Landesregierung umgehend abgeschafft. Weil sagte: „Grundlage unserer zukünftigen Arbeit ist das Attraktivitätsprogramm der GdP.“ Er versprach: „Wir werden nicht, wie es derzeit praktiziert wird, autistisch aus dem Innenministerium heraus arbeiten!“ Das sehr fundierte Statement Weil's erntete viel Applaus vom fachkundigen Publikum.

Die sich anschließenden Referate von Dr. Bernd Runde zur Organisationskultur in der Polizei, von Prof. Dr. Feltes zur mangelnden Aussagekraft von Kriminalitätsstatistiken, vom Leiter der PI Oldenburg/Ammerland, Ltd. PD Johann Kühme, zum A-11-Konzept, und vom Leiter Einsatz bei der PD Hannover, Ltd. PD Knut Lindenau,

zur Problematik der Einsatzbelastung, dienen der eindrucklichen Benennung der wichtigsten Baustellen innerhalb der nds. Polizei. Die sich jeweils anschließenden Diskussionen wurden durch den ehemaligen SPD-Innenminister Heiner Bartling moderiert. GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff, der unter den angemeldeten Teilnehmern/-innen war, ging mit seiner Wortmeldung auf den Beförderungsstau von A 9 nach A 10 hin und bezeichnete es als einen Akt der sozialen Ungerechtigkeit, dass Kollegen/-innen, die 40 Jahre und mehr ihren Kopf für die Innere Sicherheit hingehalten hätten, mit A 9 in den Ruhestand gingen. Hier bestehe unmittelbarer Handlungsbedarf, so Schilff. Zudem dürfe man auch nicht die Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten der niedersächsischen Polizei aus den Augen verlieren, die mit an der Inneren Sicherheit arbeiten und die auch Perspektiven benötigen.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus-Peter Bachmann (MdL), zog das Fazit, dass sich die Maßnah-

Fortsetzung auf Seite 6

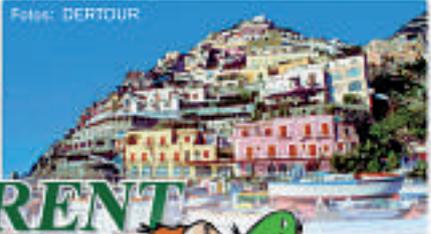
Anzeige



OSTERN 2013

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ 599,-

GOLF VON SORRENT

5-tägige Erlebnisreise in Italien, mit Lufthansa ab/bis Hamburg oder Hannover

Sorrent und Amalfi in Italien – eine Symbiose aus Lebensgefühl, Kultur und einzigartigen Landschaften. Bereits Goethe war von der Schönheit der Region am Fuße des Vesuvs hingerissen. Die Halbinsel von Sorrent ist bereits seit 2.000 Jahren ein begehrter Urlaubsort. Das traumhafte Panorama auf den Golf von Neapel wird Sie faszinieren. Die Amalfiküste beeindruckt durch einma-

Ihr Hotel: Hotel Parco del Sole ★★★★★ o. ä. in Sorrent ist im klassischmediterranen Stil gestaltet und liegt am Stadtrand von Sorrent. Die 150 Zimmer sind komfortabel, im sorrentinischen Stil eingerichtet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, Klimaanlage, Sat-TV und Safe, Transferservice ins Zentrum.

Preise pro Person in EUR	
Zimmerbelegung mit 2 Pers.	599,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	200,- Euro
* Ausflugspaket (fakultativ)	125,- Euro
Reiseternine 28.3.; 30.3.; 1.4.2013	

lige Panoramastraßen und schmucke Orte an der Steilküste. Erleben Sie die Vielfalt der Region mit unzähligen gemütlichen Restaurants und Straßencafés, die geschichtsträchtige Stadt Pompeji sowie die unvergessliche Kraterlandschaft des Vesuvs. Zu Ostern erwarten Sie Prozessionen im historischen Stadtzentrum von Sorrent und zahlreiche Osterfeierlichkeiten.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Lufthansa von HAM / HAJ via München oder Frankfurt nach Neapel und zurück
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand: 6/2012)
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbände)
- Transfers im Zielgebiet
- 4 Nächte in der gebuchten Hotelkategorie
- 4 x Halbpension
- örtliche, deutschsprachende Reiseleitung
- Informationsmaterial, Reiseführer
- interessantes Ausflugspaket (fakultativ) u.a. nach Neapel, Pompeji und zur Amalfiküste



GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover

Tel. 05 11 - 53 03 810
Fax 05 11 - 53 03 850
service@gdp-service.de

www.gdp-service.de

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: Grundprogramm und Ausflugspaket jeweils 25 Personen / Änderungen möglich / Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co. KG, 80424 Frankfurt/M.



LANDESPOLITIK

Fortsetzung von Seite 5

men der SPD nach einer Regierungsübernahme an den finanziellen Realitäten orientieren müssten. Vor diesem Hintergrund könnten einige Änderungen jedoch nur schrittweise realisiert werden. Was aber nichts koste, werde sofort umgesetzt, betonte er.

Wichtigster Gesprächspartner in Fragen der Polizei und der Inneren Sicherheit sei für eine SPD-geführte Landesregierung die GdP als weit größte Interessenvertretung in der Polizei, wobei die anderen Organisationen eingeladen seien, sich konstruktiv einzubringen, so Bachmann. Die unerträgliche Abkanzlung der GdP durch Innenminister

Schünemann habe dann endlich ein Ende, so Bachmann abschließend. **hh**

Expertenhearing der Landtagsfraktion der Grünen am 2. Juli

Die niedersächsischen Grünen haben sich vorgenommen, das Nds. Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) zu verändern. Nach vielen Sitzungen hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach eigenen Angaben einen grünen Gesetzentwurf mit Änderungsvorschlägen erarbeitet. Danach solle es auch einen neuen Namen erhalten: „Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei im

Land Niedersachsen“. Für den 2. Juli 2012 lädt die Fraktion zu einer Expertenrunde ein. „Die Meinung, Veränderungsvorschläge und Anregungen von Ihnen zu diesem Gesetzentwurf ist der Landtagsfraktion wichtig und sie will diese mit in die weitere Bearbeitung und Beratung einfließen lassen“, so ist einem Schreiben der innenpolitischen Sprecherin, Meta Janssen-Kucz (MdL), zu entnehmen. Der Gesetzentwurf ist am 12. Juni 2012 in der Grünen Landtagsfraktion beraten und nach der Beschlussfassung seitens der Fraktion an die GdP übersandt worden. Die GdP wird selbstverständlich an der Expertenanhörung teilnehmen und darüber berichten.

DS

WASSERSCHUTZPOLIZEI (WSP)

Da war es nur noch eins

WSP stellt das dritte von einst vier großen Küstenbooten außer Dienst – GdP fordert Investition –

Nach über dreißig Jahren wurde das Küstenboot „W 1“ in Wilhelmshaven am 25. Mai 2012 außer Dienst gestellt. Damit steht für Niedersachsen künftig nur noch das letzte verbliebene Küstenboot „W 3“ zur Verfügung, um die WSP-Aufgaben und Präsenzverpflichtungen im Küstenmeer wahrzunehmen.

Die Überwachung der Schifffahrt zum Schutz der norddeutschen Küste ist eine der Hauptaufgaben der WSP Niedersachsen. Dafür wurden vier sogenannte „Große Küstenboote“ vorgehalten, die von Borkum bis zur Elbmündung innerhalb der Zwölf-Seemeilen-Grenze patrouillierten. Gravierende Einsparmaßnahmen der Landesregierung im Bereich der WSP haben jedoch dazu geführt, dass heute weder ausreichendes Personal zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit auf dem Wasser vorhanden ist, noch Rücklagen für neue „Große Küstenboote“ geschaffen wurden. Niedersachsen muss immer mehr Kooperationen mit anderen Ländern und dem Bund eingehen, um die entstandenen Lücken zu füllen und die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben – wenn überhaupt noch leistbar – zu bewältigen. Wenn das letzte große Küstenboot ausfällt, wird das nds. Küstenmeer zum wasserschutzpolizeilich rechtsfreien Raum. Zwar stehen noch kleine Küstenboote zur Verfügung, diese können aber nur in einem eingeschränkten



Nach über dreißig Jahren Einsatz auf dem Küstenmeer außer Dienst gestellt: das Küstenboot der WSP Niedersachsen „W 1“. Foto: JP

Bereich bis maximal zu den Inseln – bei gutem Wetter – eingesetzt werden.

Die Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen fordert:

Die Sicherheit an der norddeutschen Küste darf nicht vom Zufall abhängig gemacht werden.

Niedersachsen muss die gesetzliche Verpflichtung, für Sicherheit im Küstenmeer zu sorgen, selbst erfüllen und darf sich nicht darauf verlassen, dass andere dies tun.

Der Neubau von Offshorewindparks im Küstenmeer und westliche Verkehrsströme dürfen in der strategischen Ausrichtung der Polizei nicht unbeachtet bleiben.

Niedersachsen muss Geld für einen dringend benötigten Neubau eines „Großen Küstenbootes“ zur Verfügung stellen.

Michael Kock, Fachausschuss WSP

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Bekker, Gerhard	7. 5. 1926	Krs.-Gr. Aurich
Kahlert, Klaus	30. 5. 1954	Bez.-Gr. LKA
Lünse, Harald	7. 11. 1949	Krs.-Gr. Wolfenbüttel
Müller, Marta	15. 1. 1929	Krs.-Gr. Göttingen
Paul, Günter	12. 10. 1920	Krs.-Gr. Braunschweig
Stege, Heinz	3. 6. 1921	Bez.-Gr. PD Hannover
Witek, Bronislaw	1. 1. 1951	Krs.-Gr. Harburg

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termin-Check/Einladungen:

Einladung: Hoffete der KG Hildesheim am 5. Juli 2012 ab 15.30 Uhr. Wie jedes Jahr sind alle Beschäftigten, Angehörige und Freunde hierzu herzlich eingeladen. In diesem Jahr wieder unter dem Motto: „Das zweite Fass zahlt die GdP.“

**Bernd Schmidt,
KG-Vorsitzender**

Goldjubiläum für Joachim Mäuser

Auf eine bereits 50-jährige GdP-Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei kann der Kollege Joachim Mäuser zurückblicken. Er war u. a. in der Region Hannover und im emsländischen Dörpen ansässig und verbringt heute seinen Lebensabend im hessischen Homburg/Efze. Leider kam es nicht zu der sonst üblichen zeitnahen Ehrung dieses erfreulichen Anlasses. Der Landesvor-

stand bedauert dies sehr. Landesvorsitzender Dietmar Schilff stellte Joachim Mäuser daher im Mai eine Ehrungs-Urkunde zu und gratulierte ihm herzlich zu seinem Jubiläum. Kollege Mäuser, Jahrgang 1938, trat der GdP am 1. September 1961 bei und gehörte zu den Kreisgruppen PI Garbsen und Emsland sowie KG Hannover Stadt.

Landesvorstand und Redaktion der GdP Niedersachsen wünschen ihm alles Gute, Gesundheit und Glück an seinem hessischen Ruhesitz.

JUNGE GRUPPE (GdP)

Behördenmarathon Hannover betreut

Trotz des schlechten Wetters waren am 6. Juni 2012 in Hannover beim 13. Behördenmarathon wieder viele Behörden mit insgesamt 199 Laufstaffeln und rund 1400 Teilnehmenden am Start, um die 42 Kilometer in sieben Runden um den Maschsee zu überwinden. Auch die JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen war wieder zur Stelle, um den Läuferinnen und Läufern anfeuernd und betreuend zur Seite zu stehen. Dieses gewerkschaftliche Engagement für Kolleginnen und

und natürlich auch allen anderen Teilnehmern und Platzierten zu den errungenen Ergebnissen.

Bereits bei den Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Schwimmen und Retten im Stadionbad Hannover stehen wir zur nächsten Betreuungsaktion bereit.

**Kevin Komolka,
Landesjugendvorsitzender**

Interesse an der JUNGE-GRUPPE-Arbeit oder Fragen und Anregungen zu unseren Aktionen?
E-Mail an niedersachsen@gdp-jg.de

Junge Gruppe (GdP) der BG Braunschweig stellt sich vor

Wir, die JUNGE GRUPPE Braunschweig, setzen uns aus Entsandten der einzelnen Kreisgruppen der PD Braunschweig zusammen. Das sind hauptsächlich Thomas Krug aus Gifhorn, Mareike Götsch (PI Braunschweig), Nils Bader (PD Braunschweig) und ich (PI Salzgitter/Peine/Wolfenbüttel). In unregelmäßigen Abständen treffen wir uns zum Informationsaustausch.

Wir legen viel Wert darauf, auch in der BG Braunschweig unsere Meinungen und Ansichten zu äußern und einzubringen. Schließlich bewegen uns viele Themen, die auch auf Behördenebene bearbeitet werden.

Besonders stark hat die PD Braunschweig das A-11-Konzept getroffen, da wir als Behörde eine abgebende Behörde sind, so dass unsere Beförderungschancen auch nach A 10 äußerst bescheiden ausfallen. Für uns ist dieses Thema nicht abgeschlossen. Zurzeit beschäftigen wir

uns intensiv mit dem Thema „Regionalisierte Einstellungen“. Leider mussten wir immer wieder feststellen, dass mit den jungen Kolleginnen und Kollegen teils materialisiert umgegangen wird. Es wird Zeit, eine verbesserte Orientierung zu geben.

Aber auch alle anderen Themen, etwa Castor-Einsätze, Gewalt im Sport (Fanverhalten) u. v. m. gehören zu unseren Arbeitsfeldern. Darüber hinaus beteiligen wir uns an allgemeiner Gewerkschaftsarbeit.



Behördenmarathon: JUNGE GRUPPE (GdP) mit dem Betreuungsstand am Maschsee-Nordufer in Hannover.



Sprecherin der JUNGEN GRUPPE Braunschweig, Claudia Pracht, hier im Informationsaustausch mit der JAV-Vorsitzenden der Salzgitter AG, Jenny Hopert.

Fotos: Yvonne Burtz

Kollegen ist auch Vertretern aus der niedersächsischen Landespolitik aufgefallen, die den Pavillon der JUNGEN GRUPPE (GdP) besuchten. So machten u. a. Klaus-Peter Bachmann (SPD-Landtagsfraktion) und Helge Limburg (Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) deutlich, dass starke Jugendorganisationen wie die der GdP das „A und O“ seien.

Wir gratulieren neben den drei Erstplatzierten

1. DetsRace Team (2:21,41)
2. LKA 1 (2:33,24)
3. Team 1 PD Hannover (2:35,16)

In diesem Jahr haben wir uns beim „Tag der Befreiung des Konzentrationslagers in Salzgitter-Drütte“ (Infos siehe Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte e. V., www.gedenkstaette-salzgitter.de/) am 11. März 2012 beteiligt, am 19. April 2012 haben wir die Sportler der NPM in Braunschweig im Heidbergbad unterstützt (DP berichtete in 6/2012) und am 1. Mai waren wir vor Ort beim Marsch der Gewerkschaften in Salzgitter und

Fortsetzung auf Seite 8



JUNGE GRUPPE (GdP)

Fortsetzung von Seite 7

beim anschließenden Familienfest an der Alten Feuerwache in Salzgitter.

Es ist uns wichtig, im Austausch mit (allen) ortsansässigen Parteien und Gewerkschaften zu sein und zu bleiben, denn nur so können wir anfangen, ge-

meinsam etwas zu bewegen. Oft sind wir nämlich genau dann auf die Solidarität anderer Gewerkschaften und Interessenvertretungen angewiesen.

Wir sind bestrebt, eure Gedanken und Wünsche in unsere Arbeit einzubauen, so dass wir darauf hinweisen wollen, dass wir eure Verstärkung benötigen. Habt ihr

Wünsche und Anregungen und Lust, euch gewerkschaftlich zu engagieren, damit sich was bewegt, dann meldet euch bei uns oder bei euren KG und Vertrauensleuten!

Wir senden brüllende Geräusche aus der starken Löwenstadt.

Eure JUNGE GRUPPE Braunschweig

SENIORENGRUPPE

Frühjahrstagung der GdP-Seniorensprecher Oldenburg

Zu ihrer routinemäßigen Frühjahrstagung sind die Sprecher der Kreisseniorengruppen der BG Oldenburg am 31. Mai 2012 im Airfield-Hotel am Flugplatz Ganderkesee zusammengekommen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Bezirksseniorengruppe Oldenburg, Horst Mauritschat, wurde dem langjährigen Seniorensprecher der KG Vechta, Hermann Sadelfeld, in einer Schweigeminute gedacht, der am 5. März 2012 verstorben war.

2012 gültige Beihilferecht. Die Ausführlichkeit und die vielen Fallbeispiele versetzten die Seniorensprecher in die Lage,



Seniorensprecher der norddeutschen Länder
Foto: Refinger

Vorpommern, Niedersachsen, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen) zur jährlichen Arbeitstagung in Hamburg. Hamburgs GdP-Landesvorsitzender Uwe Kossel informierte über die gewerkschaftliche Arbeit in Hamburg. Danach ging es um seniorenpolitische Themen, die von dem Bundesseniorenvorsitzenden Anton Wiemers eingebracht wurden und aus norddeutscher Sicht diskutiert wurden.

- Hauptdiskussionsthemen waren
- GdP-Bundessatzung
 - geplante gesetzliche Änderungen „Führerschein für SeniorenInnen“
 - Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“
 - 10. Deutscher Seniorentag – Motto „Ja zum Alter“

Für 2013 ist das nächste Treffen der norddeutschen Seniorenvorsitzenden in Bremen geplant. Ausführlicher Bericht: www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/LSenGrTopic

Rudi Refinger



10. Mai 2012 in Berlin, v. l.: Rudi Refinger, Hermann Lutz, Dietmar Schilff, Ralph Kraus, Willi Müller
Foto: Frank Poster

selbst wichtige Hinweise für nachfragende GdP-Senioren geben zu können.

Die Verordnung kann im Internet aufgerufen werden: www.nds-voris.de, Suchwort „NBhVO“, oder bei der OFD Niedersachsen: www.nlbv.niedersachsen.de unter LBV.

Edo Gildehaus

Treffen der norddeutschen GdP-Seniorenvorsitzenden in Hamburg

Am 2. und 3. Mai 2012 trafen sich die GdP-Landesseniorenvorsitzenden der norddeutschen Länder (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-



Bezirkssenoren in Oldenburg
Foto: Refinger

Mit großem Interesse verfolgten die Seniorensprecher die Ausführungen über die Feier zum 25-jährigen Jubiläum der Bundesseniorengruppe, weil auch hier die Unterschiedlichkeiten der Interessenvertretung der SeniorenInnen in den Ländern sichtbar wurde. Danach berichteten Horst Mauritschat sowie der Landesseniorenvorsitzende Rudi Refinger über die letzten Sitzungen auf Bezirks- und Landesebene.

Auf großes Interesse stieß das zweistündige Referat eines leitenden Mitarbeiters der OFD-LBV Niedersachsen über das seit 1. Januar

Erhöhung der Renten zum 1. Juli 2012

Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts werden die Renten im Bereich der alten Bundesländer zum 1. Juli 2012 um 2,18% angehoben. Die Mitgliedsbeiträge der GdP orientieren sich am Einkommen unserer Mitglieder. Für den Kreis der Beamten und Pensionäre erfolgte zum 1. Januar 2012 eine Anpassung. Nunmehr werden auch die Mitgliedsbeiträge der Rentner um den o. g. Prozentsatz zum III. Quartal 2012 angepasst.

GdP-Geschäftsstelle

